Medien: Regierung bewertet Gülen-Bewegung kritischer als bisher

11. Juni 2018

Hamburg/Berlin (KNA) Die Bundesregierung bewertet die Bewegung des islamischen Predigers Fethullah Gülen Medienberichten zufolge kritischer als bisher. Das Auswärtige Amt nehme die Bewertung seiner türkischen Quellen „zunehmend ernst“, dass es sich bei der Bewegung um eine Organisation handele, die den Staat unterwandern wolle, berichten der „Spiegel“ (Samstag) und „Report Mainz“.

„Der konspirative Teil der Bewegung zeichnet sich durch strikte Hierarchien aus und erinnert in seiner Struktur an Erscheinungsformen organisierter Kriminalität“, zitiert demnach die Deutsche Botschaft in Ankara Informanten in einem internen Bericht vom Februar 2018. Diesen hätten „Spiegel“ und „Report Mainz“ einsehen können. Darin heiße es, „sämtliche Quellen der deutschen Botschaft“ seien sich einig, dass „Gülen-Kader über Jahrzehnte hinweg gezielt staatliche Institutionen in der Türkei, insbesondere Polizei und Justiz, unterwandert“ hätten. Der „Anspruch der Bewegung auf die Loyalität ihrer Mitglieder“ sei „absolut“, zitieren die Beamten den Medien zufolge ihre Informanten.

Darüber hinaus spreche ein „Führungsmitglied aus Deutschland“, das kürzlich die Gülen-Bewegung verlassen habe, im „Spiegel“ und bei „Report Mainz“ von einer „antidemokratischen“ Bewegung, die der Betreffende wegen ihrer „geheimen Parallelstruktur“ für eine Sekte halte. Religiöse Führer, die aus der Türkei entsandt würden, träfen die „maßgeblichen Entscheidungen“ der Bewegung in Deutschland.

Sie entschieden dabei häufig gegen die Interessen der gewählten Vereinsfunktionäre, heißt es. Ziel der Gülen-Bewegung sei es, in Deutschland lebenden türkischen Muslimen „möglichst von klein auf eine religiöse Erziehung aufzuzwingen“. Der Leiter der Gülen-nahen Berliner Stiftung „Dialog und Bildung“, Ercan Karakoyun, bestreitet den Medienberichten zufolge, dass es eine „Parallelstruktur“ gibt. Entscheidungen träfen die Vorsitzenden in den Vereinen und Stiftungen. Die Gülen-Bewegung stehe für Demokratie, Menschenrechte und für eine zeitgemäße Interpretation des Islam.

Die Bewegung des im US-amerikanischen Exil lebenden Predigers Gülen gilt in der Türkei als Staatsfeind. Präsident Recep Tayyip Erdogan macht sie für den gescheiterten Putsch 2016 verantwortlich. In Deutschland zählt die Bewegung, die sich „Hizmet“ (türkisch: Dienst) nennt, bis zu 100.000 Mitglieder.

(KNA – skqks-89-00056)

Stand: 16. November 2026